

Bertram, Hans

Transformationsprozesse. Die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW)

Diskurs 7 (1997) 1, S. 59-63

urn:nbn:de:0111-opus-66077



in Kooperation mit / in cooperation with:



www.dji.de/diskurs

Nutzungsbedingungen / conditions of use

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft
Informationszentrum (IZ) Bildung
Schloßstr. 29, D-60486 Frankfurt am Main
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

DISKURS

*Studien zu
Kindheit, Jugend,
Familie und
Gesellschaft*

Thema:

Sozialisations- forschung

Fachgespräch:

*Sexueller Mißbrauch
von Kindern*

Varia:

*Sozialstaat und
Familienpolitik*

*DISKURS 1/97
ISSN 0937-9614
DM 20.-*

DISKURS

Studien zu Kindheit,
Jugend, Familie und
Gesellschaft

EDITORIAL

Richard Rathgeber
Die sanfte Renovierung des DISKURS 2

THEMA:

Sozialisationsforschung

Hans Rudolf Leu
Die neue Aktualität der Sozialisationsforschung
Einführung in das Thema 4

Irene Herzberg
Schwierige Kindheit 8
Kinder sind eine Zeitlang abhängig von der Hilfe Erwachsener, um unabhängig zu werden – auch wenn modische kindheitstheoretische Konstruktionen die Kinder aus der generationalen Machtausübung befreien wollen.

Andreas Lange
Lebensführung als Sozialisationskonzept:
Theoretische Überlegungen und Illustrationen 16
Das Konzept »Lebensführung« bringt systematisch die Alltagstätigkeiten zur Sprache, ohne sie auf soziologische oder psychologische Faktoren zu reduzieren.

Eva Breitenbach
Freundinnen und Mütter in der weiblichen
Adoleszenz 24
Die Beziehungen zu den Freundinnen und zur Mutter beeinflussen maßgeblich die Bedeutung, die die Geschlechterrolle für Mädchen in der Adoleszenz bekommt.

Hans Rudolf Leu
Anerkennungsmuster als »soziales Kapital« von
Familien 32
Die Fähigkeit und Bereitschaft zur Vermittlung zwischen individuellen Interessen und Gemeinschaftsbezug ist eine besonders wichtige Ressource in einer von Individualisierungsprozessen geprägten Gesellschaft.

FACHGESPRÄCH

Sexueller Mißbrauch von Kindern 40
In einer Runde mit sechs Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Fachrichtungen wurde u. a. folgenden Fragen nachgegangen: Worin liegen die Schwierigkeiten bei der Definition sexuellen Mißbrauchs? Werden mit der Thematik auch andere, vorrangig moralpolitische Motive und Tendenzen transportiert? Welche Kenntnisse, Kriterien und Qualifizierung brauchen die Fachleute, die mit sexuellem Mißbrauch zu tun haben? Wieviel und welchen Schutz brauchen Mädchen und Jungen? Worin besteht der dringendste Forschungs- und Handlungsbedarf?

NACHRICHTEN / FORSCHUNGSTRENDS

Ludwig Stecher
Sozialisationsforschung im Aufwind? 52
Über die Notwendigkeit, eine sozialisationstheoretische Konzeption von Praxis mit Begriffen Bourdieus weiterzuentwickeln.

Michael-Sebastian Honig
Entwicklungen in der Kindheitsforschung: Armut von Kindern 55
Bei der Debatte um Armut geht es nicht um Kinder, nicht um deren individuelle Wohlfahrt, sondern um einen »Umbau von Kindheit«: Die Zuständigkeiten von Familie, Markt und Staat im Hinblick auf das Kind werden neu verteilt.

Hans Bertram
Transformationsprozesse Die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) 59
Der Vorsitzende dieser Kommission gibt einen Überblick über die Entwicklung der modellhaften Organisationsform und die Förderpolitik der KSPW.

VARIA

Ilona Ostner
Zuckerbrot und Peitsche. Sozialstaat und Familienpolitik im Ländervergleich 64
Am Beispiel des staatlichen Umgangs mit den Alleinerziehenden in Deutschland und anderen europäischen Ländern sowie in den USA wird gezeigt, wie verschieden die westlichen Wohlfahrtsstaaten auf die »Krise des Sozialstaats« reagiert haben.

Massimiano Bucchi
Living Conditions and Life Perspectives of Young People in Italy: Some Findings of the Fourth Survey on Italian Youth 72
Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der aktuellen italienischen Jugendstudie – dem Pendant zu deutschen Untersuchungen wie der Shell-Studie und dem Jugendsurvey des DJI (in englischer Sprache).

Christian Lüders
Neue Steuerung in der Jugendhilfe – Versuch einer Standortbestimmung nach der ersten Aufregung 76
Die Gutachten der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt) haben eine notwendige Diskussion in der Fachöffentlichkeit über das Selbstverständnis von Jugendhilfeangeboten und ihre Defizite angestoßen

ZUSAMMENFASSUNGEN

SUMMARIES

RÉSUMÉS 82

Impressum 88

Transformationsprozesse

Die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW)

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990 war politisch, kulturell und wirtschaftlich eine große Herausforderung, deren Auswirkungen auf die Bundesrepublik insgesamt, aber auch auf Europa und die sich neu herausbildende Weltordnung vermutlich erst Historiker in einigen Jahrzehnten relativ adäquat beurteilen können. Es galt, diesen historisch einmaligen Prozeß mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Methoden zu dokumentieren und soweit wie möglich auch schon zu analysieren, weil die zeitgleiche wissenschaftliche Aufbereitung eine wesentliche Voraussetzung für weitere wissenschaftliche, aber vermutlich auch politische und kulturelle Interpretationen dieses Transformationsprozesses darstellt. Daher hat auch der Wissenschaftsrat schon 1990 ganz folgerichtig vorgeschlagen, eine Kommission einzurichten, die – möglichst interdisziplinär zusammengesetzt – den Versuch unternehmen sollte, die vielfältigen Prozesse im wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereich aufzuzeichnen, zusammenzufassen und zu interpretieren. Der Vorschlag, statt eines neuen Instituts eine Kommission einzurichten, war in der berechtigten Annahme begründet, daß nur eine solche Organisationsform unverzüglich ihre Arbeit aufnehmen kann, während bei Institutsgründungen in der Regel zwei bis drei Jahre vergehen, bevor überhaupt analytische Arbeiten beginnen können.

Daneben entwickelte der Wissenschaftsrat allerdings auch die Vorstellung, daß im Rahmen einer solchen Kommissionsarbeit ca. 40 – 50 Mitarbeiter der aufgelösten soziologischen bzw. sozialwissenschaftlichen Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) Arbeit finden könnten.

Wissenschaftliche Begleitung und Interpretation des Transformationsprozesses sowie Arbeitsplatzsicherung für Sozialwissenschaftler waren also die zwei Kernelemente der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Gründung der Kommission. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß das Bonner Forschungsministerium (BMFT, später BMBF) und das Bonner Arbeitsministerium (BMA) als gleichberechtigte Partner diese Kommission finanzierten.

Nach der Konstituierung der »Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW)« als eingetragener Verein boten sich in bezug auf die Analyse des Transformationsprozesses wie auf die Arbeitsplatzsicherung für frühere AdW-Mitarbeiter unterschiedliche Wege. So hätte die Kommission in den angesprochenen Themengebieten groß angelegte empirische Untersuchungen durchführen können, etwa als replikative Surveys, um dann auf dieser Basis kritische Analysen zum Transformationsprozeß anzustrengen. Da sich aber sehr bald herausstellte, daß viele Forschungseinrichtungen zu

einer Reihe von Einzelthemen eine ganze Fülle von empirischen Untersuchungen in den neuen Bundesländern selbst durchführten, anregten oder bereits in Westdeutschland laufende Untersuchungen auf die neuen Bundesländer übertrugen, entschied die Kommission von vornherein, nur in bisher ausgesparten bzw. der Vertiefung bedürftigen Gebieten eigene Untersuchungen durchzuführen.

Der Verzicht auf die Durchführung großer eigener Untersuchungen führte nicht nur dazu, daß die Kommission den größten Teil der zur Verfügung stehenden Förderungsmittel für eine Vielzahl von empirischen Forschungsprojekten zu Schwerpunktthemen der Kommissionsarbeit vergeben konnte, sondern hatte auch den Nebeneffekt, daß bei der späteren Aufbereitung der Daten auf sämtliche in diesem Zeitraum zur Verfügung stehende Informationen sozialwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen zurückgegriffen werden konnte, d.h. auf Daten vom ehemaligen Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig oder der Universität Halle ebenso wie auf Daten des sozioökonomischen Panels oder des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung.

Die Kommission selbst hat nur eine eigene Erhebung durchgeführt, und zwar zu einem Punkt, der aus der Sicht der Kommission Anfang der 90er Jahre sträflich vernachlässigt wurde und auch heute noch in der öffentlichen Debatte so gut wie keine Rolle spielt: zur *regionalen Differenzierung*. Die meisten Vergleiche, die auf empirischer Basis in den neuen Bundesländern durchgeführt wurden, waren Vergleiche zwischen Ost- und Westdeutschland, obwohl natürlich auch schon die DDR eine regional differenzierte Struktur aufwies. Diese regionale Ausdifferenzierung, die nach Auffassung der Kommission im Laufe der Zeit eher zu als abnehmen wird, spielte in der Transformationsforschung zu Anfang überhaupt keine Rolle und hat auch heute noch so gut wie überhaupt keine Bedeutung bei der öffentlichen Diskussion oder bei der Anlage empirischer Untersuchungen. Die Uckermark und Teile Mecklenburg-Vorpommerns sowie Brandenburgs werden in der Bundesrepublik ganz anderen Entwicklungspfaden folgen als beispielsweise jene Regionen um Halle und Wittenberg oder die großen Städte wie Leipzig, Dresden und Berlin.

Darüber hinaus stellte sich von vornherein die Frage, ob die Kommission einen großen Gesamtbericht, der gemeinsam verabschiedet werden müßte, oder Teilberichte zu bestimmten Themen vorlegen sollte. Hier hat sich die Kommission für die letztere Variante entschieden, weil ein Gesamtbericht angesichts der Komplexität der Transformationsprozesse und der multidisziplinären Anforderungen als kaum möglich erschien.

Hinsichtlich der Frage, wie denn nun die Arbeitsplatzsicherung für jene 40 bis 50

Hans Bertram, geb. 1946, seit 1992 Professor für Mikro-Soziologie an der Humboldt-Universität Berlin, davor von 1984 bis 1992 Direktor des Deutschen Jugendinstituts in München, war von 1991 bis 1997 Vorsitzender des Vorstands der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW). Neuere Veröffentlichungen (Hrsg.): Die Familie in Westdeutschland. DJI-Familiensurvey 1, 1991; Die Familie in den neuen Bundesländern. DJI-Familiensurvey 2, 1992; Das Individuum und seine Familie. DJI-Familiensurvey 4, 1995; (zus. mit Nauck, Bernhard) Kinder in Deutschland. DJI-Familiensurvey 5, 1995.

Korrespondenzanschrift:
Professor Dr. Hans Bertram
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
D-10099 Berlin

Mitarbeiter, die der Wissenschaftsrat empfohlen hatte, umzusetzen sei, wählte die KSPW eine Option, die der Wissenschaftsrat in dieser Form zunächst gar nicht bedacht hatte. Die Kommission konnte nämlich sehr schnell feststellen, daß sozialwissenschaftliche Forschung in der DDR nicht nur in Berlin betrieben wurde, sondern daß es eine Vielzahl sozialwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen in der ganzen DDR gab. Um möglichst viele Forscher erreichen zu können, entschied die Kommission, die zur Verfügung stehenden Mittel im Rahmen von Ausschreibungen allen Forschern in den neuen Bundesländern zu öffnen. Damit wurde zugleich sichergestellt, daß im Rahmen der wettbewerbsorientierten Ausschreibungen die Kolleginnen und Kollegen mit dem besten sozialwissenschaftlichen Angebot zum Zuge kamen.

Die Förderpolitik der KSPW

Die Entscheidung der Kommission, sich nicht nur an die Mitglieder der früheren AdW-Institute im Bereich der Sozialwissenschaften zu wenden, sondern die Forschungsförderung durch öffentliche Ausschreibung für alle Sozialwissenschaftler in den neuen Bundesländern zu öffnen, hat sich im nachhinein als sehr sinnvoll herausgestellt, auch wenn bestimmte Nachteile nicht verschwiegen werden sollen.

Nachdem die Kommission sich schon sehr früh, auf einem gemeinsamen Treffen in Zeuthen, auf die Schwerpunkte der Arbeit verständigt hatte, wurde beschlossen, im Rahmen von sogenannten »Kurzstudien« Projekte sehr kleinen Umfangs (Projektmittel in Höhe von 15 000–20 000 DM) öffentlich auszuschreiben, um zunächst einen Überblick über die sozialwissenschaftliche Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern zu bekommen. Diese Ausschreibung hatte ein ungeahntes Echo, denn die Kommission bekam in kürzester Zeit über 750 Projektangebote aus Ostdeutschland für die von ihr ausgewählten Themen.

Die Kommissionsmitglieder haben aus diesen 750 Angeboten in kurzer Zeit 175 ausgewählt, diese in Arbeitsgruppen beraten und die entsprechenden Projekte initiiert.

Die darauffolgende zweite Ausschreibungsrunde (1992) hatte ein schon sehr viel geringeres Echo, es wurden nur noch 250 Angebote für nun freilich größere Projekte eingereicht. Zugleich wurden bestimmte Konsolidierungstendenzen auf dem sich formierenden sozialwissenschaftlichen Forschungsmarkt Ostdeutschlands erkennbar. Es gab bereits eine ganze Reihe von ostdeutschen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, die sich marktwirtschaftlich organisierten und nicht nur von der KSPW, sondern auch von ande-

ren, vorwiegend zunächst noch öffentlichen Auftraggebern Forschungsmittel einwarben.

Obwohl die Forschungsmittel, die die KSPW insgesamt zu vergeben hatte, sehr gering waren, konnte sie doch mindestens denjenigen, die von ihr in der zweiten Runde gefördert wurden, nicht nur ökonomisches Kapital zur Verfügung stellen, sondern – was in der ersten Hälfte der 90er Jahre ebenso wichtig war – auch Reputationskapital. Projekte, die von der KSPW finanziert und in der Regel von sehr renommierten westdeutschen Wissenschaftlern betreut wurden, dienten manchen dieser Forschungseinrichtungen durchaus als Nachweis, qualitativ gute und mit westdeutschen Forschungseinrichtungen vergleichbare Forschungs Kompetenzen entwickelt zu haben.

Diese sehr marktförmig organisierte Forschungsförderungspolitik der KSPW hat auch alle diejenigen ins Unrecht gesetzt, die zunächst befürchteten, daß die KSPW nichts anderes sei als eine Form verdeckter Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für arbeitslose Sozialwissenschaftler. Die KSPW hat in ihrer Förderpolitik von vornherein darauf geachtet, solche Personen und Einrichtungen zu fördern, von denen anzunehmen war, daß sie später auch unabhängig von der KSPW aufgrund ihrer Qualität und ihrer Leistungsfähigkeit am sozialwissenschaftlichen Forschungsmarkt erfolgreich partizipieren können.

Im Rückblick hat sich diese Strategie als richtig herausgestellt, weil eine ganze Reihe von Instituten, die die KSPW gefördert hat, heute noch als ökonomisch selbständige Einrichtungen fortbestehen. Auch wenn man den Einfluß der Kommission nicht überschätzen sollte, kann man doch davon ausgehen, daß sie einen ganz wesentlichen Anteil daran hatte, daß sich vielen Sozialwissenschaftlern, die aufgrund des Untergangs ihrer bisherigen Institutionen zunächst ohne sozialwissenschaftliche Arbeitsperspektive und Anstellungsmöglichkeiten waren, dann Chancen boten, sich auf dem neuen Markt für sozialwissenschaftliche Forschung in den neuen Bundesländern durch qualifizierte Forschungsarbeiten auch institutionell zu etablieren. Andere Programme, wie beispielsweise das Wissenschaftlerintegrationsprogramm der Bundesregierung, waren in bezug auf die Sozialwissenschaftler längst nicht so erfolgreich, weil viele der dort geförderten Sozialwissenschaftler nach Auslauf der Programme plötzlich vor dem Nichts standen, während jene von der KSPW geförderten Wissenschaftler sich in der Zwischenzeit eine marktwirtschaftliche Existenz aufgebaut hatten. Dies läßt sich auch deswegen so selbstbewußt formulieren, weil die KSPW, insbesondere durch ihre Geschäftsstelle, eine Reihe von kleineren Untersuchungen initiierte, in denen das Schicksal der Sozialwissenschaftler in den neuen Bundesländern verfolgt wurde, so daß wir heute rela-

tiv genau wissen, wie viele Sozialwissenschaftler sich im außeruniversitären Forschungsmarkt etablieren konnten (vgl. Kollmorgen 1997).

Auch wenn diese Unterstützung bei der Etablierung sozialwissenschaftlicher Forschungskompetenzen in den neuen Bundesländern auf der Basis marktwirtschaftlicher und ökonomisch unabhängiger Forschungseinrichtungen eine insgesamt erfolgreiche Strategie war, darf nicht verkannt werden, daß durch den Verzicht eines systematischen Auf- bzw. Umbaus von institutionell geförderter Forschung in den neuen Bundesländern – sieht man einmal vom Max-Planck-Institut für Demographie in Rostock ab – Ostdeutschland heute über keine sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtung von nationaler, geschweige denn internationaler Bedeutung verfügt. Alle institutionell geförderten sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen sind Außenstellen oder Regionalstellen westdeutscher Institute. So kann man im Rückblick zum Schluß kommen, daß die Forschungsförderungspolitik der KSPW mit dazu beigetragen hat, daß die ostdeutsche sozialwissenschaftliche Forschungslandschaft, soweit sie staatlich gefördert wird bzw. an den Universitäten vertreten ist, heute im wesentlichen von westdeutschen Sozialwissenschaftlern beherrscht wird.

Da die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern sich in ihrer Forschungsförderung nur auf den außeruniversitären Bereich zu konzentrieren hatte, sind zu diesem Punkt zwei Bemerkungen erforderlich.

Aufgrund der politischen Vorentscheidung im Einigungsvertrag, daß alle Forschungseinrichtungen außerhalb der AdW bzw. ohne explizite vertragliche Erwähnung mit der Auflösung der früheren DDR auch aufzulösen sind, war vermutlich in der damaligen Situation nur die Möglichkeit gegeben, Teile von ostdeutschen Forschungseinrichtungen an westdeutsche anzugliedern, um überhaupt Forschungskapazitäten zu sichern. Denn, und dies scheint mir aus gegenwärtiger Sicht der entscheidende Punkt zu sein, zu jener Zeit und auch noch heute war das Interesse der ostdeutschen Länder an einer institutionellen Unterstützung sozialwissenschaftlicher Forschung nicht besonders ausgeprägt und scheint auch bis heute – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht besonders entwickelt zu sein.

Sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen in Westdeutschland aber werden ja sehr häufig nicht wie die Institute der »Blauen Liste« von Bund und Ländern gefördert, sondern sehr häufig in Form von Staatsinstituten, eingetragenen Vereinen oder anderen Rechtskonstruktionen, an denen die Länder entweder dominant oder doch zu einem großen Teil beteiligt sind. Diese Art der Forschungsförderung hat es im Bereich der Sozialwissenschaften

in den neuen Bundesländern nicht gegeben, und so lange sich hier nicht stärker engagieren, wird eben auch nur jene Forschung überleben können, die sich am privaten Forschungsmarkt etabliert hat. Dies mag man bedauern, man kann es aber mit Sicherheit nicht den schwachen Kräften und den wenigen Mitteln der KSPW anlasten, weil ohne politische Rahmenbedingungen solche Formen der Institutionalisierung der Forschung nicht möglich sind.

So bleibt in bezug auf die Forschungsförderung der KSPW die ernüchternde Bilanz zu ziehen, daß es zwar gelungen ist, einen Teil der Forschungskapazität der Sozialwissenschaften in den neuen Bundesländern am Leben zu erhalten, aber diese Forschungskapazität zu einem hohen Anteil in einem privat verfaßten sozialwissenschaftlichen Forschungsmarkt organisiert ist. Man mag dies als Vorteil ansehen, es gibt aber auch gravierende Nachteile. So ist beispielsweise die öffentlich finanzierte Forschungsförderung in der Bundesrepublik in der Regel nicht in der Lage, privatwirtschaftlich organisierte Institute zu fördern, weil auch bei noch so exzellenten Forschungsanträgen die Institute immer einen Eigenanteil erbringen müssen, den sie aus den Gewinnen anderer marktwirtschaftlicher Forschungsprojekte bezahlen müssen. Je mehr gute Forschungsprojekte demnach bei einer öffentlichen Forschungsförderungseinrichtung erfolgreich durchgebracht werden, um so größer müssen die Gewinne aus dem marktwirtschaftlichen Bereich sein, um erstere überhaupt finanzieren zu können. Da dies nicht praktikabel ist, können diese privaten Forschungseinrichtungen auf Dauer nicht von der öffentlichen Forschungsförderung in der Bundesrepublik profitieren.

Zur Struktur der Berichterstattung

Die Entscheidung der Kommission, statt eines großen Gesamtberichtes mehrere Teilberichte vorzulegen, ermöglichte es der Kommission zum einen, innerhalb dieser Teilbereiche eine größere Tiefe in den Analysen zu erzielen, und zum zweiten, einen größeren Kreis von wissenschaftlichen Fachkollegen in die Arbeit der Kommission zu integrieren, als dies bei einem Gesamtbericht möglich gewesen wäre.

Berichts- oder Kommissionsgruppen, die größer als 10 bis 12 Mitglieder sind, tun sich in der Regel bei der gemeinsamen Abfassung von Berichten schon deswegen schwer, weil neben der notwendigen zeitlichen Koordination die interne Abstimmung für bestimmte Schwerpunkte und Interpretationen mit zunehmender Gruppengröße immer schwieriger wird.

Die Untergliederung der KSPW in sechs Teilberichte zu den Themen (1) Arbeit,

Arbeitsmarkt und Betriebe, (2) soziale Ungleichheit und Sozialpolitik, (3) politisches System, (4) individuelle Entwicklung und Bildung, (5) Regionalentwicklung und (6) Arbeits- und Sozialordnung führte dazu, daß an der Kommissionsarbeit insgesamt ca. 40 Universitätskollegen durch das Schreiben von Berichtsteilen, das Betreuen von Forschergruppen sowie das Aufbereiten von Materialien beteiligt werden konnten.

Diese Ausdifferenzierung der Kommissionsarbeit nach verschiedenen Themenschwerpunkten hat aber auch die Möglichkeit geschaffen, mehrere sozialwissenschaftliche Disziplinen in die Berichtsarbeit zu integrieren, so daß in dieser Kommission, was vermutlich sehr selten ist, neben Soziologen und Politikwissenschaftlern auch Volkswirte, Juristen und Psychologen mitgearbeitet haben.

Der Vorstand der Kommission delegierte die Verantwortung für die Teilberichte auf die Teilberichtsgruppen und deren Vorsitzende, so daß die Geschäftsstelle der Kommission (mit einem Geschäftsführer, drei wissenschaftlichen Mitarbeitern und drei technischen Kräften) zur Abwicklung der Projekte und Betreuung der Projektgruppen sehr klein gehalten werden konnte, was den administrativen Aufwand der Kommission insgesamt extrem niedrig hielt, zumal die Universitäten, an denen die Berichtsgruppenvorsitzenden beschäftigt waren, die haushaltmäßige Abwicklung der jeweiligen Berichtsgruppen übernahmen.

Da die Kommissionsmitglieder zudem alle ehrenamtlich arbeiteten, konnten die insgesamt ca. 25 Millionen DM Forschungsmittel, die der Kommission zur Verfügung standen, so gut wie ausschließlich für wissenschaftliche Forschungsprojekte bzw. junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in den neuen Bundesländern verwendet werden. Auch dadurch war es möglich, nicht nur innerhalb von viereinhalb Jahren sechs Endberichte vorzulegen, sondern in der gleichen Zeit eine Vielzahl von Studien und Arbeiten anzuregen, die in insgesamt 60 Buchpublikationen und unzähligen Forschungsmaterialien niedergelegt wurden.

Festzuhalten bleibt, daß die Organisationsform der KSPW sowohl eine interdisziplinäre Zusammenarbeit wie auch eine sehr kostengünstige Form wissenschaftlicher Dokumentation und Analyse erlaubte, sie sich also hinsichtlich Aufwand und Ertrag mit jeder institutionellen Form wissenschaftlichen Arbeitens vergleichen kann. In meinen Augen besteht jedenfalls kein Zweifel, daß der Grundgedanke des Wissenschaftsrats, statt eine neue Institution für die Sozialwissenschaften ins Leben zu rufen, eine Kommission zu etablieren, in dieser Situation zu einer sehr viel effizienteren Mittelverwendung geführt hat als die mögliche Gründung eines Instituts.

Dabei hat diese Arbeitsweise auch dazu

geführt, daß nicht, wie dies bei Instituten sehr häufig der Fall ist, der Transformationsprozeß aus einer bestimmten theoretischen Perspektive allein interpretiert wurde, sondern sich alle Berichte durch Versuche des Zusammentragens allen relevanten und empirisch gesicherten Wissens und dessen Synthese auszeichnen. So kann man sicher sein, daß die Leistungen der Kommissionsmitglieder und der Kommission insgesamt sich auch nicht in der unmittelbaren aktuellen Beeinflussung heutiger Politik niederschlagen, sondern sich, und auch dieses war eine Vorgabe des Wissenschaftsrats, erst in einer längerfristigen Perspektive zeigen werden, wenn es nämlich darum geht, den Wandel und die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen dieses und der darüber hinausgehenden globalen Transformationsprozesse in angemessener Weise zu verstehen und zu interpretieren. Es verdient in diesem Zusammenhang auch hervorgehoben zu werden, daß alle Fachkollegen aus den verschiedenen Disziplinen, die ja in der Regel durch ihre Alltagsverpflichtungen an Universitäten und Instituten schon einer hohen Belastung unterlagen, ohne große Schwierigkeiten für diese Zusammenarbeit zu gewinnen waren und auch von Anfang an den Konsens mitgetragen haben, daß die Forschungsmittel der Kommission, soweit sich das überhaupt nur realisieren läßt, in die neuen Bundesländer fließen, so daß die Mitarbeit in der Kommission in der Regel dazu führte, Forschungsanträge von Kollegen aus den neuen Bundesländern zu beurteilen und diese Kollegen auch zu beraten, ohne selber über Forschungsmittel verfügen zu können. Diese Entscheidung hat allerdings dazu geführt, daß in der Kommission überwiegend Professorinnen und Professoren aus Westdeutschland Mitglieder waren, auch wenn sie teilweise später in die neuen Bundesländer gewechselt sind, und nur sehr wenige Mitglieder aus ehemaligen Forschungseinrichtungen der DDR. Aber nur so war zu gewährleisten, daß diejenigen, die die Mittel vergeben, nicht auch diejenigen sind, die mit diesen Mitteln forschen.

Drei Schlußfolgerungen

Es ist sicherlich noch zu früh, um eine Schlußbilanz der Arbeiten der KSPW im einzelnen zu ziehen. Jedoch sind drei Schlußfolgerungen möglich:

1. Sozialberichterstattung, die sich, wie etwa beim Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern, im wesentlichen auf die Forschungskompetenz an den Universitäten stützt, kann außerordentlich schnell, effizient und vermutlich erheblich kostengünstiger als andere Formen der Sozialberichterstattung durchgeführt werden. Dies setzt allerdings einerseits voraus, daß die Themen so gewählt

sind, daß sie auf genügend Resonanz bei den entsprechenden Fachkollegen stoßen, und andererseits, daß den Fachkollegen bei ihrer Arbeit sämtliche Freiheiten und Unabhängigkeiten eingeräumt werden, die auch bei sonstigen wissenschaftlichen Analysen notwendig sind. Wird unter diesen Bedingungen eine entsprechende Arbeit organisiert, lassen sich Berichte entwickeln, die nicht nur im Umfang und in der Dignität mit Berichten und Arbeiten konkurrieren können, die von institutionellen Einrichtungen erstellt werden, sondern sie sind vermutlich diesen in einem entscheidenden Punkt überlegen, nämlich in ihrer Fähigkeit, unterschiedliche wissenschaftspolitische und fachwissenschaftliche Perspektiven zu integrieren. Institutionelle Forschungseinrichtungen sind in der Regel disziplinar organisiert. Sozialberichterstattung auf der Basis universitärer Forschung kann grundsätzlich immer interdisziplinär und wissenschaftspolitisch vielfältig besetzt werden.

2. Die Bereitschaft, sich auch für Themen und Fragestellungen begeistern zu lassen, die nicht streng disziplinar zu organisieren sind, eine erhebliche politische Bedeutung besitzen und noch kontrovers sind, lassen sich im Rahmen einer solchen Ad-hoc-Organisation sehr viel besser bewältigen als in jeder anderen, gegenwärtig in der Bundesrepublik praktizierten Form sozialer Berichterstattung. Der Grund dafür liegt in der Freiheit und Unabhängigkeit der einzelnen Universitätslehrer, der gewissen Distanz, die eine solche Organisationsform zur Politik hat, und der geringen Möglichkeit der Einflußnahme von außen auf die – befristete – Kommissionsarbeit. Dieses Ausmaß an Unabhängigkeit ist sonst kaum möglich, weil in allen anderen Formen der Berichterstattung – seien es Enquetekommissionen des Bundestages, Berichte von Rentenkommisionen oder der Bundesregierung an das Parlament – immer auch politische Interessen und politische Erwägungen bei der Auswahl der Kommissionsmitglieder, der Abfassung der Berichte und der Publikationen der Berichte mit zu reflektieren sind.

3. Der Aufbau von Forschungslandschaften durch Kommissionen ist vermutlich eine Aufgabe, die Organisationen wie die KSPW überfordern. So gut die Unabhängigkeit der Kommission von politischer Einflußnahme auf der einen Seite war, so zog sie andererseits nur höchst bescheidene Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Wissenschafts- und Forschungspolitik nach sich. Der Wissenschaftsrat hatte der Kommission zwei in sich widersprüchliche Ziele vorgegeben, von denen die KSPW vermutlich das eine Ziel, nämlich die Berichterstattung über den Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern, auf dem Stand des vorhandenen Wissens relativ gut lösen konnte. Bezüglich der zweiten Zielstellung, der Forschungsförderung, hat indes die fehlende

Einflußmöglichkeit auf die politischen Rahmenbedingungen letztlich dazu geführt, daß zwar ein Forschungsmarkt der Sozialwissenschaften in den neuen Bundesländern entstanden ist, dieser jedoch in dem institutionellen Gefüge der Bundesrepublik im Bereich der Wissenschaft und der Wissenschaftspolitik nur eine untergeordnete Bedeutung besitzt. Auch wenn man in diesem Punkte zu einem ambivalenten Urteil über die Ergebnisse der Forschungsförderung der KSPW kommt, bleibt festzustellen, daß 1990 und 1991, als die Empfehlungen des Wissenschaftsrats erarbeitet wurden, überhaupt nicht vorhersehbar war, welche Entwicklungen sich in diesem Bereich in den neuen Bundesländern abzeichnen würden. Ob andere Empfehlungen zu einer erfolgreicher institutionellen Absicherung außeruniversitärer sozialwissenschaftlicher Forschung geführt hätten, läßt sich nachträglich nur schwer beurteilen.

Buchpublikationen der KSPW

(Alle Bücher sind im Verlag Leske + Budrich, Opladen, erschienen. Die Graue Reihe der KSPW, erschienen im GSFV-Verlag Berlin, wird hier nicht aufgeführt.)

1. Die »Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland«

■ Lutz, Burkart / Nickel, Hildegard Maria / Schmidt, Rudi / Sorge, Arndt (Hrsg.): Arbeit, Arbeitsmarkt, Betriebe. Berichte der KSPW zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Band 1. 1996

■ Hauser, Richard / Glatzer, Wolfgang / Hradil, Stefan / Kleinhenz, Gerhard / Olk, Thomas / Pankoke, Eckart: Ungleichheit und Sozialpolitik. Berichte der KSPW zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Band 2. 1996

■ Kaase, Max / Eisen, Andreas / Gabriel, Oscar W. / Niedermayer, Oskar / Wollmann, Hellmut: Politisches System. Berichte der KSPW zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Band 3. 1996

■ Hormuth, Stefan E. / Heinz, Walter R. / Kornadt, Hans-Joachim / Sydow, Hubert / Trommsdorff, Gisela: Individuelle Entwicklung, Bildung und Berufsverläufe. Berichte der KSPW zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Band 4. 1996

■ Strubelt, Wendelin / Genosko, Joachim / Bertram, Hans / Friedrichs, Jürgen / Gans, Paul / Häußermann, Hartmut / Herlyn, Ulfert / Sahner, Heinz: Städte und Regionen. Räumliche Folgen des Transformationsprozesses. Berichte der KSPW zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Band 5

■ von Maydell, Bernd / Boecken, Winfried / Heine, Wolfgang / Neumann, Dirk / Pawelzig, Jürgen / Schmähl, Winfried /

Wank, Rolf: Die Umwandlung der Arbeits- und Sozialordnung. Berichte der KSPW zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Band 6

2. »Beiträge zu den Berichten«

zu Bericht 1:

■ Grünert, Holle (Hrsg.): Beschäftigung und Arbeitsmarktstruktur in der DDR. Band 1.1. 1997

■ Schenk, Sabine (Hrsg.): Ostdeutsche Erwerbsverläufe zwischen Kontinuität und Wandel. Band 1.2. 1997

■ Bergmann, Joachim / Schmidt, Rudi (Hrsg.): Industrielle Beziehungen – Institutionalisierung und Praxis unter Krisenbedingungen. Band 1.3. 1997

■ Schmidt, Rudi (Hrsg.): Reorganisation und Modernisierung der industriellen Produktion. Band 1.4. 1997

■ Pohlmann, Markus / Schmidt, Rudi (Hrsg.): Management in der ostdeutschen Industrie. Band 1.5. 1997

■ Hüning, Hasko / Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Großbetriebliche Dienstleistungen. Bruch, Anpassung, Neuformierung. Band 1.6. 1997

■ Brussig, Martin et al. (Hrsg.): Kleinbetriebe in den neuen Bundesländern. Bestandsbedingungen und Entwicklungspotentiale. Band 1.7. 1997

zu Bericht 2:

■ Glatzer, Wolfgang / Kleinhenz, Gerhard (Hrsg.): Wohlstand für alle? Band 2.1. 1997

■ Hradil, Stefan / Pankoke, Eckart (Hrsg.): Aufstieg für alle? Band 2.2. 1997

■ Hauser, Richard / Olk, Thomas (Hrsg.): Soziale Sicherheit für alle? Band 2.3. 1997

zu Bericht 3:

■ Wollmann, Hellmut et al. (Hrsg.): Transformation der politischen und administrativen Strukturen in Ostdeutschland. Band 3.1. 1997

■ Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland. Band 3.2. 1997

■ Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Band 3.3. 1997

zu Bericht 4:

■ Trommsdorff, Gisela (Hrsg.): Kindheit im ostdeutschen Transformationsprozeß. Band 4.1. 1997

■ Sydow, Hubert (Hrsg.): Entwicklung und Sozialisation von Jugendlichen vor und – nach der Vereinigung. Band 4.2. 1997

■ Heinz, Walter R. / Hormuth, Stefan E. et al. (Hrsg.): Arbeit und Gerechtigkeit im ostdeutschen Transformationsprozeß. 1997

zu Bericht 5:

■ Becker, Annette (Hrsg.): Regionale Strukturen im Wandel. Band 5.1. 1997

■ Schäfer, Uta (Hrsg.): Städtische Strukturen im Wandel. Band 5.2. 1997

zu Bericht 6:

- Thiel, Wera: Arbeitsrecht in der DDR – Ein Überblick über die Rechtsentwicklung und der Versuch einer Wertung. Band 6.1. 1996
- Kunz, Fritjof et al.: Arbeitnehmerhaftung, Kündigung und Arbeitsschutz. Band 6.2. 1997
- Sander, Peter: Analyse der Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb. Band 6.3. 1997
- Hantsche, Walter et al.: Aufbau der Verbände und Arbeitsgerichte. Band 6.4. 1997
- Kohte, Wolfhard: Der Einfluß der Treuhandanstalt auf die Gestaltung der arbeits- und sozialrechtlichen Verhältnisse. Band 6.5. 1997
- Lohmann, Ulrich: Die Entwicklung des Sozialrechts in der DDR. Band 6.6. 1997
- Mrotzeck, Herbert / Püschel, Herbert: Krankenversicherung und Alterssicherung. Band 6.7. 1997
- Wienand, Manfred et al.: Fürsorge. Band 6.8. 1997
- Deich, Ingrid / Kohte, Wolfhard: Betriebliche Sozialeinrichtungen. Band 6.9. 1997
- Kinitz, Horst: Aufbau der Arbeitsverwaltung in den neuen Bundesländern und die Entwicklung des Arbeitsförderungsrechts seit 1989. Bd. 6.10. 1997

3. »Reihe Transformationsprozesse«

- Naßmacher, Hiltrud et al. (Hrsg.): Politische Strukturen im Umbruch. Band 1. 1994
- Nickel, Hildegard Maria et al. (Hrsg.): Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch. Band 2. 1962
- Niedermayer, Oskar / von Beyme, Klaus (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Band 3. 1962
- Schmidt, Rudi / Lutz, Burkart (Hrsg.): Chancen und Risiken der industriellen Restrukturierung in Ostdeutschland. Band 4. 1994
- Sydow, Hubert et al. (Hrsg.): Chancen und Risiken im Lebenslauf: Beiträge zum gesellschaftlichen Wandel in Ostdeutschland. Band 5. 1995
- Bertram, Hans et al. (Hrsg.): Sozialer und demographischer Wandel in den neuen Bundesländern. Berlin. Band 6. 1995
- Bertram, Hans (Hrsg.): Ostdeutschland im Wandel: Lebensverhältnisse – politische Einstellungen. Band 7. 1952
- Kollmorgen, Raj (Hrsg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Band 8. 1996
- Rehse, Sybille: Vom monostrukturierten Stahlstandort zum modernen Industriegebiet. Dokumentation zum Modellprojekt Stahl- und Walzwerk Riese. Band 9 (in englischer Sprache Band 10). 1996
- Hahn, Toni / Schön, Gerhard: Arbeitslos – chancenlos? Verläufe von Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Band 11. 1996

- Berg, Frank et al.: Kommunalen Institutionenwandel. Regionale Fallstudien zum ostdeutschen Transformationsprozeß. Band 12. 1996
- Bertram, Hans et al.: Systemwechsel zwischen Projekt und Prozeß. Analysen zu den Umbrüchen in Ostdeutschland. Band 13. 1997
- Eisen, Andreas / Wollmann, Hellmut (Hrsg.): Institutionenbildung in Ostdeutschland. Zwischen externer Steuerung und Eigendynamik. Band 14. 1996
- Fröhner, Klaus-Dieter (Hrsg.): Sicherheit und Gesundheit im Betrieb. Deutsch-deutsche Transformation und europäischer Wandel. Band 15. 1997
- von Maydell, Bernd / Wank, Rolf (Hrsg.): Transformation der Arbeitsordnung in den neuen Bundesländern. Band 16. 1997
- Meisel, Dirk: Zwischen Restriktion und Anpassung. Die kommunale Implementation wohnungspolitischer Förderprogramme 1991–1994 in Sachsen-Anhalt und Sachsen. Band 17. 1996
- Meyer, Cord: Restrukturierung ostdeutscher Unternehmen und Arbeitsrecht. Band 18. 1996
- Meyer, Cord: Die nachträgliche Abänderung von Sozialplänen. Band 19. 1996
- Opolny, Bernhard: Die Kündigungsgründe des Einigungsvertrages. Band 20. 1997
- Beer, Doris et al. (Hrsg.): Der ostdeutsche Arbeitsmarkt in Gesamtdeutschland: Angleichung oder Auseinanderdriften? Band 21. 1997
- Bertram, Hans (Hrsg.): Regionen im Vergleich. Gesellschaftlicher Wandel in Ostdeutschland am Beispiel ausgewählter Regionen. Band 22. 1996
- Bertram, Hans (Hrsg.): Soziologie und Soziologen im Übergang. Beiträge zur Transformation der außeruniversitären soziologischen Forschung in Ostdeutschland. Band 23. 1997
- Ebert, Elvir: Einkommen und Konsum im Transformationsprozeß. Band 24. 1997
- Musil, Jiri / Strubelt, Wendelin (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen des Transformationsprozesses in Deutschland und bei den östlichen Nachbarn. Band 25. 1997
- Hüning, Haso / Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Finanzdienstleistungen im Umbruch – betriebliche Strategien der Integration. Bd. 26. 1997
- Patzelt, Werner / Algasinger, Karin: Ostdeutsche Parteien im Transformationsprozeß. Empirische Studie zur Parteiensoziologie Sachsens. Band 27. 1997
- Patzelt, Werner / Algasinger, Karin: Ostdeutsche Verbände im Transformationsprozeß. Empirische Studie zur Verbändesoziologie Sachsens. Band 28. 1997
- Strubelt, Wendelin (Hrsg.): Dessau, Jena, Weimar: Städteansichten der Transformation. Ein Fotoreport. Band 29. 1997

Literatur

- Kollmorgen, Raj:** Soziologen im Übergang. In: Bertram, Hans (Hrsg.): Soziologie und Soziologen im Übergang. Beiträge zur Transformation der außeruniversitären soziologischen Forschung in Ostdeutschland. Reihe Transformationsprozesse der KSPW. Band 23. Opladen 1997, S. 27–44.